

„Lucky Streik“ 1997 – Der Startschuss fiel in Gießen

Vor zehn Jahren begannen die bundesweiten Proteste gegen Bildungsabbau an der Justus-Liebig-Universität

Von Christel Lauterbach

In Gießen ging damals alles los, vor zehn Jahren: Im Herbst 1997 nahm der „Lucky Streik“ seinen Anfang in der Mittelhessen-Metropole und breitete sich nach und nach über die gesamte Republik aus. Erst machte die FH Gießen-Friedberg mit, dann schlossen sich im Laufe der Wochen bis Dezember rund 100 Hochschulen den Protestaktionen an. In Gießen zogen 7.000 Demonstranten durch die Innenstadt, in Wiesbaden demonstrierten dann rund 11.000 Menschen gegen Bildungs- und Sozialabbau, in Bonn kurz darauf waren es sogar 40.000. Zu den Hauptrednern dort gehörten auch Vertreter aus Gießen. Laut Agenturberichten sollen allein am 4. Dezember 1997 in Deutschland insgesamt 130.000 Demonstranten auf die Straße gegangen sein.

Manche fühlten sich damals sogar an 1967/68 erinnert. Doch das gefiel der „97ern“ nicht besonders, denn Vieles war für sie ganz anders als 30 Jahre zuvor: Die Protestformen waren witzig statt aggressiv, einfallsreich und originell, auch Professorinnen und Professoren demonstrierten gemeinsam mit den Studierenden, Ministerinnen und Minister kamen aus der Landeshauptstadt nach Gießen gereist und diskutierten mit den Studierenden im überfüllten Audimax oder im besetzten Hauptgebäude. Und die Politik akzeptierte schließlich sogar die Kritik an den rigiden Sparmaßnahmen, zuckte jedoch meist mit den Schultern und meinte bedauernd, dass eben kein Geld mehr in den öffentlichen Kassen sei. So viel Verständnis machte die Demonstranten zunächst skeptisch und am Ende auch recht ratlos.

Angefangen hatte es ähnlich wie in den Jahren zuvor zum Beginn des Win-

tersemesters an der Universität Gießen: überfüllte Seminare, Einführungsveranstaltungen und Grundkurse, vor allem in den Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften. Drei Lehrbeauftragte beispielsweise standen zunächst nur für rund 600 Studierende zur Verfügung, die an einer „Einführung in die politische Bildung“ teilnehmen wollten. Sie schrieben Protestkarten an den – noch amtierenden – Universitätspräsidenten, Prof. Dr. Heinz Bauer, und den – bereits gewählten – künftigen Universitätspräsidenten Prof. Dr. Stefan Hormuth und überreichten sie den beiden. Dann, am 29. Oktober 1997, beschloss eine Vollversammlung mit rund 1.000 Studierenden im Audimax den Streik, und die ersten Institute und das Hauptgebäude wurden besetzt. Ein Demonstrationzug führte in die Ludwigstraße, und Uni-Präsident Prof. Bauer begrüßte die Studierenden und deren

Proteste gegen den Bildungsabbau mit einem „Endlich!“, sprach sich allerdings deutlich gegen Hausbesetzungen aus. Erst in zähen Verhandlungen zwischen Hochschulleitung und Besetzern wurde in den folgenden Tagen ein Kompromiss gefunden, wie ein „begrenzter Notbetrieb“ in Hauptgebäude und den Instituten trotz der Besetzung aufrecht erhalten werden konnte.

Die Studentinnen und Studenten organisierten nicht nur so genannte alternative Seminare, auch zahlreiche originelle Protestaktionen wurden vorbereitet: Ein „Streikchor“ bildete sich beispielsweise, und ein großes „Streikkonzert“ wurde vorbereitet, das in der voll besetzten Aula stattfand, am 11. November zog ein besonderer „Martinszug“ mit Pferden und „Streiklaternen“ vom Audimax zum „Elefantenclo“ in der Innenstadt. Nachdem die Wissenschaftsministerin Dr. Christine Hoh-





Der damalige hessische Ministerpräsident Hans Eichel (links) im überfüllten Audimax der Universität Gießen.

Fotos: Franz Möller

mann-Dennhardt als erstes Mitglied der Landesregierung bereits am 6. November nach Gießen gekommen war und im überfüllten Audimax mit einem bunten Programm voller Überraschungen zur Diskussionsveranstaltung empfangen wurde, stellte sie am Tag danach der Universität Gießen 100.000 DM für Lehrbeauftragte, Tutorien und Bücher in Aussicht – ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch Finanzminister Karl Starzacher besuchte die streikenden Studentinnen und Studenten in Gießen – nach längerem Zögern betrat er gar das besetzte Hauptgebäude und stellte sich dort der Diskussion. Und am 21. November empfingen die Studierenden dann Ministerpräsident Hans Eichel im überfüllten Audimax mit einer „Bildungskuh“, die am Tropf hing, und die Sportstudentinnen und -studenten beendeten dort einen „24-Stunden-Bildungslauf“ durch den Seltersweg und überreichten ihrem „Landesfürsten“ eine „Bildungsfackel“. Außer Zeit und Diskussionsbereitschaft hatte der Ministerpräsident allerdings nichts mitgebracht. Eine Woche später beschloss die Landesregierung ein zusätzliches Maßnahmenpaket „zur Verbesserung der Situation an den Universitäten und Fachhochschulen“ des Landes in Höhe von insgesamt 16,2 Millionen DM für die Jahre 1998 und 1999. Außerdem wurden die Prüfungsgebühren

für Lehramts- und Rechtsreferendare gestrichen – eine Forderung der Studierenden.

Wo Gießen eigentlich liege, das wisse er immer noch nicht so genau, bekannte ein Student aus Kiel, aber was die Studis dort auf die Beine gestellt hätten, das sei doch ganz große Klasse. Und die Kieler Studierendenschaft schickte Anfang Dezember per Fax eine Urkunde, mit der den Gießener Aktiven in Anerkennung ihrer unschätzbaren Verdienste um Bildung, Freiheit und Gerechtigkeit in Deutschland „der Bildungsknoten ehrenhalber“ verliehen wurde. Was viele in diesen Wochen landauf und landab wohl dachten: Die Kieler gaben es den Gießener Kommilitoninnen und Kommilitonen schriftlich. Die Universität Gießen und ihre Studierenden sind wohl noch nie so häufig auch in den überregionalen Medien erwähnt worden wie in diesen Wochen.

Inzwischen hatte auch der Senat der Universität Gießen – bei einer Stimmenthaltung – folgende Resolution beschlossen: „Der Senat stimmt den Studierenden bei der Beurteilung der derzeitigen desolaten Ausbildungssituation an der Universität Gießen zu. Er ist der Auffassung, dass die augenblicklichen Bedingungen für Studium, Lehre und Forschung einen Offenbarungseid der Politik in Bund und Land darstellen. Er begrüßt und unterstützt aufgrund des-

sen nachdrücklich die studentischen Forderungen nach einer adäquaten Ausstattung der Universität Gießen mit den erforderlichen Personal- und Sachmitteln. Der Senat ist im übrigen der Auffassung, dass die Studierenden durch die Folgen dieser berechtigten Protestaktionen keine Nachteile erfahren sollen.“

Am 5. Dezember 1997 beschloss die Vollversammlung der Studierenden, den Boykott der Lehrveranstaltungen und damit auch die Besetzungen zu beenden. Eigentlich sollten die Proteste und Aktionen gegen den Bildungsabbau in Deutschland noch weitergehen, doch nach den Weihnachtsferien lief der Lehr- und Studienbetrieb wieder normal weiter. Was sich danach geändert hat? Auf den ersten Blick vielleicht nicht viel. Doch in den letzten zehn Jahren hat die Bildungspolitik in der öffentlichen Diskussion in Deutschland zumindest einen anderen Stellenwert bekommen. „Mit Bildungspolitik kann man keine Wahlen gewinnen – höchstens verlieren“, so antwortete vor zehn Jahren noch in Gießen ein bekannter Bundespolitiker auf die Frage, warum seine Partei sich nicht stärker in der Bildungspolitik engagiere. Heute würde er das vermutlich nicht mehr so sagen.

Christel Lauterbach ist seit 1989 Pressereferentin der Universität Gießen.